



LUPE

Zeitung
für Jugendliche



Nr. 2/1978

April / Mai / Juni

Moosfelde
Jugendzentren
Gesamtschule

INHALT

Kommunales

- Moosfelde's Spielplatz 3
- Zuschuß für St.Ursula 6
- Jugendzentrum Neheim-Husten: Selbstverwaltung, aber wie 8
- Jugendinitiative will Jugendzentrum für Marsberg 6
- Zwei Jahre Jugendzentrum Arnsberg 10

Kriegsdienst 14

Gesamtschule 16

Rubriken

- Vorgestellt 2
- Impressum 2

Wir wollen im August oder September eine große Fête in Alt-Arnsberg machen. Bitte macht Vorschläge, welche Band wir engagieren sollen und wo man die Fête machen sollte. Nachmittags vorher wollen wir die anderen politischen Jugendorganisationen in Arnsberg zu einem kleinen Fußballturnier, einladen
 Tips bzgl. Band und Ort bitte an:

Martin Kunert

5760 Arnsberg 2

VORGESTELLT

In dieser Rubrik wollen wir in Zukunft neue Gesichter vorstellen, damit alle wissen, an wen man sich wenden kann mit Problemen, Fragen oder wenn man selbst an einer Mitarbeit bei den Jungdemokraten interessiert ist.
 Am Gymnasium Laurentianum macht Martin Ottensmann Jungdemokratenarbeit. Er ist 17 Jahre alt, besucht die Stufe 11, Adresse s.o.



5760 Arnsberg 2.
 Hobby: Fußball (Schalke). Politisch ist er besonders an der Sicherung der Grundrechte interessiert (Radikalenerlaß, Terroristenbekämpfung, usw.)

LUPE

Zeitung für Jugendliche
 Herausgeber: Liberale Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten, Kreisverband Hochsauerland

Chefredakteur: Jürgen Klein (V.i.S.d.P.)
 stellv. Chefredakteur: Martin Kunert
 Redakteure:

Thomas Jarck, Horst Kloppeck, Karsten Meinhardt, Sigrüd Ottensmann, Martin Ottensmann, Hans-Peter Schulte, Herbert Wiedermann.

LUPE erscheint vierteljährlich und ist kostenlos
 Redaktionsanschrift: Martin Kunert,

5760 Arnsberg 2

Anzeigenpreisliste Nr.2 vom 1.1.1978

Druck: Stephanie Heismann, Bonn

Auflage: 1.500

Hinweis: Anzeigen entsprechen nicht der Meinung der Redaktion. Sie dienen ausschließlich der Finanzierung der Zeitung.

Redaktionsschluß Heft 3/1978: 30. Juni 1978

Skateboardbahn für Moosfelde?

Abenteuerspielplatz - Denkmal für Rat und Verwaltung oder nach den Wünschen der Kinder?



Von Liesl Venedey

Jahrelang wurde ein Stadtteil Arnsbergs, die "Trabantenstadt Moosfelde", vernachlässigt, jetzt endlich soll dort ein Abenteuerspielplatz mit Modellcharakter zwischen Weidenhang und Gemeindezentrum entstehen. Die Kosten sind ermittelt: für die geplante Gesamtanlage müssen insgesamt 240 000 DM aufgebracht werden, die jährlichen Betriebskosten sollen sich auf insgesamt 85 000 DM belaufen.
 Mit der Grundanlage kann bereits in den nächsten Monaten begonnen werden, da die Kosten hierfür voll durch das Erschließungsaufkommen "Zentrale Grünanlagen Moosfelde" gedeckt sind. Vorgesehen sind umfangreiche Bodenarbeiten,

Rodungen, Bachbettregulierung, Rasen und Pflanzflächen. Ungeklärt ist noch die Bereitstellung der Mittel über den Nachtragshaushalt für die Einrichtung und die pädagogische Betreuung. Nach der Verwaltungsvorlage sind unter anderem geplant: Sandgrube mit Palisaden, kleines Spielhaus, Matschflächen, Rollerbahn, Gelände-rutschbahn, Skateboardbahn, Tischtennisplatten, Kletterwürfel und mobiles Spielgerät. Das entspricht bestenfalls einem etwas besser ausgerüsteten Normalspielplatz, nicht aber einem Abenteuerspielplatz.

Unstritten ist die geplante Skateboardbahn. Soll hier eine Modeerscheinung aus den USA, bei uns fast schon überlebt, in vielen Städten sogar nur noch in Hallen unter Aufsicht gestattet, zusätzlich gefordert werden? Mediziner warnen vor komplizierten Knochenbrüchen. Erstaunt bin ich auch über die Ansicht der SPD-Fraktion, die an einen

Bedarf auf diesem Sektor glaubt und eine Skateboardbahn, evtl. kombiniert mit der Rollerbahn, fordert.

Hat man hier wirklich die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt? Ich wage es zu bezweifeln. Vieles in dem Gesamtkomplex ist noch unklar. Wichtig wäre vor allen Dingen das von der F.D.P.-Fraktion beantragte Gesamtkonzept "Zentrale Grünanlage Moosfelde" unter Einbeziehung der vorhandenen Einrichtungen wie Grundschule, Schwimmbecken, Kindergärten und Spielplätzen und Abstimmung dieses Konzepts mit den in Moosfelde tätigen pädagogischen Betreuern. Über die Einrichtung mit mobilen Spielgeräten sollen die Kinder in Moosfelde selbst entscheiden: in den beiden Schulen werden zur Zeit Aufsätze geschrieben mit dem Thema "Wie stelle ich mir unseren Spielplatz vor?" Doch werden die Ergebnisse dieser Aktion auch von Moosfelder Pädagogen ausgewertet werden und wird die Verwaltung

dann gegebenenfalls entsprechend umdenken können?

Von größter Bedeutung ist die pädagogische Betreuung dieses Spielplatzes, da die fehlende Infrastruktur von Moosfelde erhebliche Nachteile verursacht und im Übrigen ein Abenteuer-spielplatz ohne Aufsicht und Anleitung nicht denkbar ist. Eine endgültige Entscheidung ist in dieser Frage noch nicht gefallen. Die von der CDU vorgeschlagene Anleihe des Abenteuer-spielplatzes an die Kirchengemeinde sollte aus Gründen der Praktikabilität und der Effektivität einer eigenständigen pädagogischen Betreuung abgelehnt werden.

In der Diskussion zeigt sich die Schwierigkeit, neuere pädagogische Erkenntnisse bei der Anlage von Spielplätzen zu realisieren. Die Kinder wollen ja keine sterilen, vorfabrizierten Spieleinheiten. Mit den Vorstellungen der Erwachsenen nach einem "schönen" Spielplatz sind die Wünsche der Kinder nach Wasser, Gebüsch, Höhlen, beweglichen Geräten und Materialien kaum vereinbar.

Besonders die Gruppe der 6-12 Jährigen hat einen echten Erlebnishunger; aber auch die 12-17 Jährigen dürfen nicht vergessen werden. Aus Sicherheitsgründen werden Spielplätze leider häufig so angelegt, daß sie weder die Aktivität der Kinder fördern, noch ausreichend Bewegungsmög-

lichkeiten bieten, die aufgestellten Spielgeräte werden daher vielfach nicht angenommen. Der Phantasie der Kinder sollte soviel Freiraum wie möglich gelassen werden, und es wäre sinnvoll, nicht zuviel zu planen!

Da hinsichtlich der Finanzierung der Vollen-

richtung erhebliche Bedenken bestehen, sollten hier schon bei der Grundanlage des Abenteuer-spielplatzes Kosten eingespart werden anstatt die nahezu idealen Spielbedingungen am Bach durch Rodungen und Bachbettregulierung zu zerstören. Auch die Einrichtung des Spielplatzes müßte durch-

aus nicht mit 140 000 DM veranschlagt werden. Weniger wäre hier mehr! Während das notwendige Material (Hölzer, Taue, Eisen, Werkzeug) sicherlich verhältnismäßig geringe Kosten verursachen würde, sollte die pädagogische Betreuung nicht an der Finanzfrage scheitern.

Hoffen wir, daß die Bedürfnisse der Kinder nicht länger von Rat und Verwaltung ignoriert werden und hier möglichst schnell etwas getan werden kann!

Liesl Venedey ist Mitglied des Jugendwohlfahrtausschusses der Stadt Arn-sberg.

Fleetwood Mac - Rumours... 9.90
Bonnie Tyler - Hits of.... 12.80
Wings <u>neu</u> - London Town... 11.90
Donna Summer - Greatest... 9.90
Abba - The Album..... 9.50

Radio-Kampfschule

MUSIK-SHOP

Neheim

Fussgängerzone

Stellungnahme der Jungdemokraten des Hochsauerlandkreises (Kreisvorstand)

1. Wir unterstützen die Einrichtung des Abenteuerspielplatzes in Moosfelde. Abenteuer-spielplatz heißt aber, daß die Kinder auf diesem Platz gestalten können und nicht "gestaltet bekommen", er sollte mehr nach "Baustelle" als nach gepflegter Gartenanlage aussehen.

2. Die Erforschung der Kinderwünsche mittels "Aufsatzschreiben" erscheint uns ungeeignet, da die Auswertung dieser Aufsätze stark manipulierbar ist. Eine in Moosfelde mit relativ geringem Aufwand durchführbare Fragebogenaktion erscheint uns besser.

3. Eine Skateboardbahn einzurichten, scheint uns nur sinnvoll zu sein, wenn echter Bedarf vorhanden ist, um die Skateboards von der Straße wegzuholen- das Vorhandensein dieses Bedarfs erscheint uns aber sehr zweifelhaft. Erst Anreize zu schaffen zum



Skateboardfahren halten wir wegen der Gefährlichkeit dieser Sportart für unverantwortlich.

4. Das ganze Projekt steht und fällt mit der Betreuung durch hauptamtliche Sozialarbeiter. Wir befürchten, daß die Einrichtung entsprechender Stellen letztendlich an dem Argument "zu teuer" scheitern wird. Dazu wäre dann ganz deutlich zu sagen, daß uns Jungdemokraten diese pädagogische Betreuung wichtiger wäre als z.B. der

nicht unbedingt notwendige Ausbau des Oberstufenteils des St.-Ursula-Gymnasiums (vgl. Seite 6), dessen Bezuschussung von der CDU fast ohne Wertung der finanziellen Aspekte beschlossen wurde, oder die von CDU und SPD beschlossene Übernahme von 18.000 DM Zinsdienst jährlich für das "Größenbahnprojekt" Schützenheim in Neheim.

5. In Moosfelde wird sich sicherlich entscheiden, wie in der Zukunft das Problem Spielplätze in Arn-sberg angefaßt wird, z.B. die notwendigen Spielplätze in der Lasmecke in Arn-sberg oder auf dem Mühlenberg in Hüsten. Es geht also um einen zukunftsweisen-des Modell.

Zuschuss für St. Ursula - Lyzeum

Die Träger des St.-Ursula-Lyzeums haben bei der Stadt Arnberg einen Zuschuß beantragt zum Ausbau insbesondere des Oberstufenteils der Schule. Ein Finanzierungskonzept für die Schule liegt noch nicht vor, wieviele Zuschüsse von anderer Seite (z.B. vom Erzbistum Paderborn) zu erwarten sind, wissen die Stadtväter nicht, trotzdem hat der Rat mit den CDU-Stimmen eine Zusage erteilt. SPD und F.D.P. wollten zunächst einmal nüchterne Zahlen auf dem Tisch liegen haben, wie sie jeder normale Bürger, wenn er zur Bank geht, um sein Auto zu finanzieren, auch vorlegen muß.

Gleich wird die Auseinandersetzung von den Konservativen hochstilisiert zu einem Kampf für oder gegen Privatschulen, wo es nur um solide Finanzen geht.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt. Hier sind wir Jungdemokraten nicht der Meinung, daß selbst wenn die Finanzierung o.k. ist, die Stadt St.-Ursula bezuschußen sollte (Zumin-

dest nicht in diesem Umfang- 50% der Baukosten, ca. 1 Million Mark). Wenn der Ausbau fertig gestellt ist, ist er von der "Nachfrage" im Gesamtstadtgebiet her wegen der zurückgehenden Schülerzahlen nicht mehr erforderlich und nur für eine ganz kurze Übergangsperiode eine sinnvolle Ergänzung des Schulangebots in Arnberg. "Je breiter das Angebot, umso besser" sagen die Befürworter zu Recht, nur vor dem Hintergrund

der gerade erst verfügbaren 10%igen Haushalts-sperre durch den Kämmerer der Stadt fragt man sich, ob diese Mittel nicht sinnvoller eingesetzt werden können. Wir meinen, sie können, z.B. könnten sie in die pädagogische Betreuung des neuen Spielplatzes in Moosfelde fließen. Wollen wir wetten, daß diese eigenständige pädagogische Betreuung letztendlich aus "finanziellen Gründen" unterbleiben wird?

Wie wichtig ist der Stadt Marsberg das Jugendzentrum?

Jugendinitiative hat das Wort

Seit längerem wird in Marsberg die Diskussion um ein Haus der offenen Tür geführt, da die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Jugendliche sehr im Argen liegen. Um die Einrichtung eines Jugendzentrums zu beschleunigen und aktiv Jugendarbeit zu leisten, haben sich Jugendliche in der Initiative "Jot-Zet"

zusammengeschlossen. Die Initiative setzt sich dafür ein, daß ein Haus der offenen Tür eingerichtet wird, in dem zwei Sozialarbeiter hauptsächlich tätig sein sollen. Das Jugendzentrum soll nach Möglichkeit unter freier Trägerschaft stehen. Bei der Verwirklichung des Projektes stößt die Initiative jedoch

auf große Schwierigkeiten. Wie uns die Stadt Marsberg mitteilte, ist auch sie an der Errichtung eines Jugendzentrums interessiert. Das Problem liegt jedoch darin, daß seitens der Stadt anderen Dingen stets Priorität eingeräumt wird. Verschiedene Gebäude, die für die Einrichtung eines Jugendzentrums in Frage kamen, wie z.B. die ehemalige Stadtspar-kasse oder die ehemalige katholische Grundschule auf dem Kirchplatz wurden anderweitig genutzt oder abgerissen. Weitere Bemühungen der Initiative um ein Gebäude werden dadurch vereitelt, daß z.B. das ehemalige VEW-Haus in der Trift dem neuen Sportplatz, bzw. dessen Parkplatz zum

Opfer fallen soll. Dies wird damit begründet, daß die Stadt für Neubauten Subventionen erhält, während Altbaurenovierungen aus eigener Tasche bezahlt werden müßten. Diese Situation in der vor der Nase der Jugendlichen sämtliche in Frage kommenden Gebäude abgerissen oder umfunktioniert werden, ist sehr bedauerlich. Zwar gedenkt die Stadt Marsberg, in einigen Jahren auf dem jetzigen Kirchplatz einen Gebäudekomplex zu errichten (dazu müssen aber auch noch erst viele Gebäude abgerissen werden), in dem unter anderem auch ein Jugendzentrum untergebracht werden soll, doch ist es sehr bedauerlich, daß nicht zumindest bis zur Fertig-

stellung dieses Gebäudes ein Altbau für die Interessen der Jugendlichen bereitgestellt wird. Wie der Initiative aus Gesprächen mit vielen Jugendlichen klar wurde, wäre ein selbst eingerichteter Altbau erwünschter als ein steriler Neubau, der ohnehin erst in einigen Jahren fertiggestellt werden könnte. Ein Jugendzentrum nach den Vorstellungen und Wünschen der Jugendlichen wäre sehr geeignet, die Gefahren, die durch Jugendalkoholismus, Arbeitslosigkeit und Drogenmißbrauch drohen, abzufangen. Voraussetzung ist, daß die Marsberger Bevölkerung die Bemühungen der Initiative "Jot-Zet" unterstützt.

"Jot - Zet"

P.S.: Die Marsberger F.D.P. hat auf ihrem Ortsparteitag die Unterstützung der Initiative "Jot-Zet" beschlossen.

Obiger Text ist von der Initiative verfaßt und von der "LUPE" wörtlich übernommen worden.



Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Deutschen Volkszeitung bei, auf welchen wir unsere Leser besonders hinweisen.

Selbstverwaltung

Jungdemokratenmodell für Neheim-Hüstener Jugendzentrum

Jugendbegegnungszentrum, dies ist zur Zeit eines der wichtigsten Themen in Neheim-Hüsten. Zunächst will ich Euch kurz den neuesten Stand angeben:
Das Konzept für die Arbeit des JBZ steht nun. Dem Arbeitskreis JBZ ist es endlich gelungen, es zu verabschieden. Für die Arbeit des JBZ wurde eine Summe von 30.000 DM veranschlagt. Da der Bau angeblich

im Frühjahr 1979 fertig sein soll (Ich rechne mit Sommer 1979), kann man mit dem Betrag durchaus zufrieden sein.
Es ist ein Fra- gebogen verteilt worden, um die Interessen der Jugendlichen besser kennenzulernen. Soweit der neueste Stand, doch das eigentliche Pro- blem wird erst noch erör- telt werden müssen, näm- lich die Frage der Ver- waltung des Hauses. Hier

wird es zu scharren Aus- einandersetzungen mit der Stadt und den Jung- konservativen kommen. Wir Jungdemokraten ste- hen weiter zur Forderung nach Selbstverwaltung. Utopie sagen die einen, vernünftig sagen die anderen. Was heißt ei- gentlich Selbstverwal- tung? Besser noch, ist eigentlich Selbst- verwaltung? Es entstehen da die un- möglichsten Auffassungen.

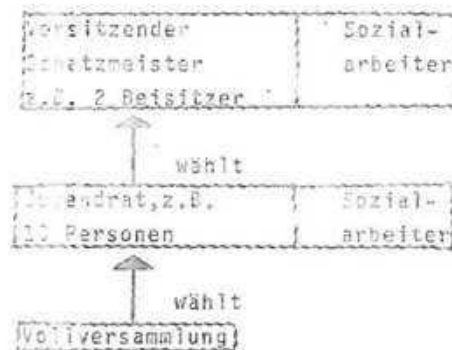
BUCHTIP



Sehr geehrte Herren,
anbei sende ich Ihnen mein Exem- plar des Grundgesetzes. Es wurde mir anlässlich meiner Reiseprüfung am städtischen Otto-Hahn-Gymna- sium in Dinslaken/Ndrrh. im Früh- jahr 1971 ausgehändigt, zusammen mit vielen guten Wünschen für mei- nen zukünftigen Lebensweg. Es hat mich während meiner Militärzeit ebenso begleitet wie während meiner Studienzzeit (in deren abschließendem Examen ich mich nunmehr befinde), nämlich wenig gelesen, aber geachtet.
Während dieser Zeit wurde mir langsam klar, daß von Menschen ge- schaffenes Recht nicht starr, ewig und tot ist wie ein Stein, sondern daß es lebt und vergänglich ist wie alles Lebendige. Besonders Ihre Aus- führungen zu Artikel 4 (3) des Grundgesetzes haben mir dies vor Augen geführt.
Nun brauche ich mein Grundgesetz nicht mehr. Meine Zuversicht für meinen weiteren Lebensweg schöpfe ich von nun an aus anderen Quellen. Nehmen Sie das Buchlein zu den Akten, oder führen Sie es bitte auf dem Wege des Recycling einer neuen, nützlichen Verwendung zu.
Mit freundlichem Gruß!
Schreiben eines Bürgers der Bundesrepublik Deutschland an das Bundesverfassungsge- richt nach dem Urteil über die Wehrdienstnovelle.

Die Broschüre "Rettet das KÖV-Recht" ist beim Bundesverband der Deutschen Jungdemokraten erschienen und kann bei Martin Kunert, Gambrinusstraße 4, 5760 Arnsberg 2, kostenlos angefordert werden.

Z.B., dort können die Jugendlichen machen, was sie wollen. Dort läuft alles durchein- ander, jeder tut das, wozu er gerade Lust hat. Keinerlei Organi- sation.
Wer diese Vorstellungen als Selbstverwaltung (JU-Modell) hat keinerlei Ahnung von einer Selbstverwal- tung. Unser Modell sieht folgendermaßen aus:



Die Vollversammlung aller Jugendlichen wählt in geheimer Wahl nach Aushändigung eines Stimmzettels einen der Kandidaten, die sich zur Wahl gestellt haben. Z.B. die 10 Kandidaten mit den meisten Stimmen bilden den Jugendrat. Dieser Jugendrat wählt der Vorstand, in

diesem Modell bestehend aus einem Vorsitzenden, einem Schatzmeister und zwei Beisitzern. Der Vorstand trifft alle nötigen Entscheidungen und hat diese in der wö- chentlich stattfindenden Sitzung des Jugendrates zu begründen. Die Sitz- ung sollte öffentlich sein. Alle vier Monate müssen Vorstand und Ju- gendrat ihre Entschei- dungen der Vollversamm- lung darlegen. Lehnt die Vollver- sammlung (oder auch vorher schon der Ju- gendrat) die Ent- scheidungen des Vorstandes ab, so ist

der Vorstand verpflich- tet, die Entscheidung so weit wie möglich rück- gängig zu machen. Die Sozialarbeiter haben hier eine wichtige Funktion. Sie sollen den Jugendli- chen Hilfen und Empfeh- lungen geben, um Fehler größerer Art zu vermei- den. Daß Fehler gemacht werden, kann ich Euch jetzt schon versprechen.

Die Selbstverwaltung ist ein Lernprozeß. Allerdings hat der Lernprozess da seine Grenzen, wo die Finan- zen anfangen. Dies ist die kritische Stelle des ganzen Modells. Denn Geld zum Über- fluß hat auch die Stadt Arnsberg nicht (auch wenn es manchmal so aus- sieht). Von den 30.000 DM sollten die Jugendli- chen 10.000 DM selbst verwalten.
Ich lehne es ab, den Jugendlichen gleich den vollen Betrag auszu- handigen, da erst ein Lernprozeß stattfin- den muß, wie man das Geld sinnvoll einteilt und ausgibt.
Neuwahlen zum JBZ sollten alle zwei Jah- re stattfinden, um dem Jugendrat eine Chance zu geben, sich zu be- wahren.
Wir Jungdemokraten können nur hoffen, daß die Stadt, die Junge Union und die CDU end- lich einmal auch einen liberalen Standpunkt einnehmen, nämlich die Stärkung und Sicherung der Freiheit des Ein- zelnen.

Jurgen Klein

Zwei Jahre Jugendzentrum

Von Werner Padberg, Leiter des Begegnungszentrums in Arnsberg 2

Am 1. Mai 1976 wurde das Jugendbegegnungszentrum durch den Erzbischof J.J. Degenhardt eröffnet.

Schon lange vor der Eröffnung hatten sich das Leitungsteam und ca. 25 ehrenamtliche Mitarbeiter über die Arbeit des

Feste und Feiern. Gruppenarbeit verbandlicher und nichtverbandlicher Art.

Sinn:
- Jugendliche können Gleichaltrige treffen, Freunde gewinnen.
- Sie können sich von der Arbeit erholen.

- Sie sollen lernen, kritikfähig zu werden und sich zu engagieren. Sie sollen voneinander lernen, sich in Notsituationen solidarisch zu helfen.

3. Das Jugendbegegnungszentrum soll Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung bieten.

Angebote dazu:
- Werken, Basteln, Film, Foto, Tanz, Gespräche, schöpferisches Gestalten.

Sinn:
- Der Jugendliche lernt, seine Tätigkeit selbst zu bestimmen.
- Er lernt Fähigkeiten kennen, die Spaß machen.
- Er kann schöpferische Fähigkeiten entdecken.

Um diese Inhalte in einen zeitlichen Rahmen zu setzen, wurden folgende Öffnungszeiten festgesetzt:

dienstags-freitags
12.30 - 22.00 Uhr
Samstags
16.00 - 23.00 Uhr

Wir stellten jedoch sehr schnell fest, daß diese Öffnungszeiten

nicht durchzuhalten waren. Die beiden Hauptamtlichen hatten bei diesen Öffnungszeiten unterschiedliche Dienstzeiten. Dadurch wurden Gruppen- und Projektarbeiten vernachlässigt, da es nicht möglich war, gleichzeitig Hausdienst zu machen und in einer Gruppe mitzuarbeiten. Die Öffnungszeiten sind zur Zeit:

dienstags u. donnerstags
15.00 - 21.00 Uhr
mittwochs u. freitags
15.00 - 22.00 Uhr
samstags
16.00 - 23.00 Uhr

II. Zur inhaltlichen Arbeit waren erst einmal schwerpunktmäßig zwei Gremien notwendig:

1. Das Leitungsteam
Das Leitungsteam besteht z.Zt. aus den Hauptamtlichen Gerlinde Kaiser, Werner Padberg, dem Vikar Wolfgang Ricke und den ehrenamtlichen Roswitha Becker und Hiltrud Blome.

2. Mitarbeiter
Bis heute konnten ca. 50 ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen werden für die zwei Arbeitsschwerpunkte:

Treffpunktbereich - Thekendienst, Discjockeys, Kassierer, Aufwächter, Turnierleitungen.

Gruppenarbeit - Werken, Kinderarbeit, Folklore, Theater, Gitarre, Kurzfilm, Raumgestaltung, Gesprächskreise.

Die Mitarbeiter sind mindestens 16 Jahre alt, insbesondere in der Gruppenarbeit sind auch einige Erwachsene tätig.

III. Mitbestimmung

Mitbestimmung und Demokratie in einem Jugendzentrum darf kein organisatorisches Problem sein, sondern muß sich immer durch die inhaltliche Arbeit in einem Jugendzentrum verdeutlichen. Das heißt, daß man sich nicht unbedingt möglichst komplizierte Modelle ausdenkt, wer und wie was verwaltet und bestimmen kann.

Für unser Jugendbegegnungszentrum bedeutet das - Aufgabe, Zielsetzung und Zielgruppen haben Vorrang gegenüber den Strukturen.

- Gesetz, Satzung und

Strukturen sind notwendige Hilfsmittel, die dynamisch offen bleiben müssen.

- Eine Struktur, die sich verhärtet und um ihrer selbst willen gepflegt wird, steht nicht mehr im Dienste der Jugendlichen, der Sache und der Aufgabe, sie widerspricht der Offenheit.

- Demokratie ist nicht primär ein Zahlenspiel der Stimmenmehrheiten.
- In einer pädagogischen Institution heißt Demokratie zunächst: Sachverstand, Qualifikation, Fähigkeit zur Konfliktlösung, offen sein für andere Meinungen, die Einheit suchen.

- Demokratie realisiert sich in Mitdenken, Mitreden, Mitbestimmen, Mitarbeiten, Mitverantworten; diese Phasen praktizierter Demokratie sollten jedem zustehen, wobei Schwerpunktbildungen möglich sind.

- Aufgabenverteilung zwischen nur Mitbestimmen und nur Mitarbeiten sind abzulehnen. Wer mitarbeitet, soll auch mitbestimmen.

- alle demokratischen



Freie Entfaltung der Persönlichkeit

aus: Betrifft Erziehung

Jugendbegegnungszentrums Gedanken gemacht. Aufgrund von Befragungen und Besichtigungen in anderen Jugendzentren und aufgrund eigener Erfahrungen setzten wir als inhaltliche Arbeit drei Schwerpunkte fest:
1. Das Jugendbegegnungszentrum soll eine Stätte der Erholung und Begegnung sein. Angebote dazu:
- Gemütliche Räume mit Fernsehen, Zeitschriften, Getränken.
- Diskothek mit Tanz,

- Sie können sich im Kreise der Gleichaltrigen wohlfühlen und Stärken und Schwächen kennenlernen.

- Jugendliche können Neues entdecken und ausprobieren.

2. Das Jugendbegegnungszentrum soll Jugendlichen helfen, sich in der Welt, in der wir leben, zurechtzufinden.

Angebote dazu:
- Arbeitskreise, Clubs, Gruppen, Diskussionen, Einzel- und Gruppengespräche, Aktionen.

Aufgaben sollen, soweit sie von der Basis erfüllt werden können, auf die Basis verlegt werden.

- die einzelnen Gruppen sollen weitgehend selbständig arbeiten, es sollen sich aber alle für das Ganze mitverantwortlich wissen und eine gute Zusammenarbeit untereinander pflegen.

- Mehrheitsentscheidungen müssen noch keine Konfliktlösung bedeuten.

- Mitbestimmung erreicht man nicht nur durch Rechte, die man zugeteilt bekommt, sondern primär durch den Einsatz, den man leistet.

- Gruppen, Arbeitsgemeinschaften und Clubs, die im Sinne der Konzeption des Jugendbegegnungszentrums arbeiten, können und sollen zusammen mit einzelnen Hausbesuchern das noch zu bildende Hausparlament bilden.

Wie diese Thesen in die Praxis umgesetzt werden, kann an dieser Stelle

nicht im einzelnen erläutert werden. Wer etwas mehr zu diesem Punkt wissen möchte, kann sich jederzeit im Jugendbegegnungszentrum informieren.

IV. Hausbesucher
Das Jugendbegegnungszentrum



zentrum wird täglich von etwa 240 Jugendlichen ab 10 Jahren besucht

von 7 bis 10 Jahren können zu festen Veranstaltungen das Haus besuchen (Kindergruppen). Nachmittags ist das Durchschnittsalter der Besucher 13-16, abends 16-18 Jahre. Laut Fragebogenaktion sind 2/3 der Besucher Schüler, der andere Teil Auszubildende, Berufstätige, Studenten und jugendliche Arbeitslose.

V. Programm

Das jeweilige Programm kann unseren Programmheften und der örtlichen Presse entnommen werden.

VI. Schwierigkeiten und Probleme

1. Im Jugendbegegnungszentrum könnte noch mehr inhaltliche Arbeit (Gruppen, Projekte, Arbeitsgemeinschaften) stattfinden, wenn noch mehr erwachsene Mitarbeiter zur Verfügung ständen.

2. Ein weiteres Problem ist der Alkoholkonsum. Alkohol wird nur in beschränktem Maße ausgegeben (ab 19Uhr), da das JBB aber mitten in der Stadt liegt, besteht die Möglichkeit, sich anderweitig Alkohol zu besorgen. Wir versuchen durch Gespräche und Aktionen, diesem Problem entgegenzuwirken.

3. Bei der hohen Zahl der Hausbesucher ist es für das Leitungsteam sehr schwierig, auf jeden einzelnen Hausbesucher einzugehen und zu persönlichen Gesprächen zur Verfügung zu stehen.

4. Ein weiteres Problem ist das Zusammensein unterschiedlicher jugendlicher und die daraus resultierenden Probleme. Mangelndes Verständnis und fehlende Offenheit erschweren die Arbeit.

Warum gehen Leute mit gutem Lehrabschluss als »Panzermann« für 12 Jahre zum Heer?

Weil sie einen Aufstieg ohne Umweg wollen.

Als »Panzermann« im Heer arbeiten Sie mit ausgereiften Waffensystemen und modernen Geräten. Deshalb brauchen wir Leute, die solides Wissen und persönliches Engagement mitbringen – denn als Soldat verlangen wir viel von Ihnen.

Wir brauchen Sie. Wenn Sie sich länger verpflichten – bei 8 oder 12 Jahren – bieten wir einen Aufstiegs-Plan nach Maß, der Sie nach intensiver Ausbildung zum gefragten Spezialisten macht.

Bei uns werden Sie Profi. Als Technischer Betriebsassistent, statl. gepr. Betriebswirt oder REFA-Organisator haben Sie nachher einen erstklassigen Start »draußen«. Weil Sie mehr können. Solche Leute sucht die Wirtschaft.

Wenn Sie also bisher schon Leistung bewiesen haben, dann kommen Sie zum Heer. Bei uns geht zwar vieles nach Befehl, aber jedes Jahr ist ein Gewinn für Sie.

Ich interessiere mich für eine Laufbahn bei der Panzertruppe. Informieren Sie mich außerdem über meine Möglichkeiten als:

- Offizier
- Unteroffizier
- in Heer
- Luftwaffe
- Marine
- Sanitätsdienst
- Bundeswehr allgemein

278/284017/17/26/1/6

Name: _____

Vorname: _____ Geburtsdatum: _____

Straße: _____ Wohnort: _____

Beruf: _____

- Schulbildung:
- Abitur
 - Fachhochschulreife
 - Oberstufe
 - Mittlere Reife
 - Hauptschule



Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an
Streitkräfteamt, Postfach 89, 5300 Bonn-Duisdorf

**Unser Auftrag ist Sicherheit.
Wir fordern und fördern.**

Kriegsdienst

Plädoyer eines engagierten Kriegsdienstverweigerers

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BverfG) vom 17. Dezember (ÜverfG) zur am ersten August 1977 in Kraft getretenen Novellierung des Wehrpflichtgesetzes (WpflG), die die Abschaffung der Gewissensprüfung vorsah, hat mich veranlaßt, hier einmal ein

werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz." Die Formulierung dieses Artikels bringt also zum Ausdruck, daß der Zwang zum Kriegsdienst nur bei Gewissensgründen des Wehrpflichtigen, die ihn davon abhalten, unzulässig ist. Daraus folgte der Gesetzgeber 7 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes bei der Verabschiedung des WpflG, daß eine Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer durchzuführen sei, mit der festgestellt werden soll, ob sich der Verweigerer tatsächlich aus Gewissensgründen dem Kriegsdienst entziehen will oder ob es sich bei ihm um einen "Drückeberger" handelt.

Die Absurdität dieses Verfahrens liegt offen auf der Hand: Gewissen ist unerforschbar; es ist etwas Wandelbares und Beeinflussbares, wie selbst das BverfG in einer früheren Entscheidung festgestellt hat. Die Gewissensprüfung stellt eine unerträgliche Belastung unserer Demokratie und der Rechtsord-

nung dieses Staates dar. Sie verstößt gegen das Gleichheitsprinzip, denn hier wird eine Minderheit, die von ihrem Grundrecht Gebrauch machen möchte, auf ihre "Berechtigung" auf Inanspruchnahme dieses Rechtes hin "getestet". Wäre man konsequent, so müßte man auch jeden, der sein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung oder Ausübung der Religionsfreiheit wahrnehmen will, prüfen, ob er auch tatsächlich eine Meinung oder eine religiöse Überzeugung hat. Doch die Prüfung des Gewissens ist auch gar nicht Sinn der Gewissensprüfung. Sie hat ganz einfach den Zweck, den personellen Bestand der Bundeswehr zu sichern. Mit dem Instrument der Gewissensprüfung kann man so viele Kriegsdienstverweigerer an der Wahrnehmung ihres Rechts hindern, wie Soldaten bei der Bundeswehr benötigt werden. Dies hat das BverfG mit seiner einstweiligen Anordnung vom 17. Dezember 1977 auch unverhohlen zugegeben. In seiner Begründ-

ung spricht das Gericht von der Gefährdung des Bestandes der Bundeswehr nach Abschaffung der Gewissensprüfung. Grundrechte werden in diesem Lande also aus politischen Gründen gebeugt.

Die Väter des Grundgesetzes hatten 1949 die Grundrechte nicht an den Anfang der Verfassung gestellt, weil sie sich dort etwa besonders gut ausnehmen. Sie haben sie an den Anfang des Grundgesetzes gestellt und sie für unverletzlich und unveräußerlich erklärt, um damit den grundlegenden Charakter, den dieses Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland tragen sollte, herauszustellen. Keine staatliche Gewalt sollte diese Grundrechte verändern oder einschränken können. Im Gegenteil: laut Grundgesetz ist die staatliche Gewalt an diese Grundrechte gebunden und zu ihrem Schutz bestellt. Die Grundrechte sollten die oberste Maxime ihres Handelns sein.

Doch wie sehr Grundrechte durch staatliche Eingriffe abgebaut werden, das zeigt eben das Beispiel Gewissensprüfung. Und nun zum Wort Kriegs-

dienst selbst. Obwohl man heute, gemäß dem Auftrag der Bundeswehr, von Wehrdienst spricht, halte ich das Wort Kriegsdienst für treffender; es stellt den Charakter der Sache klarer heraus: Bundeswehrdienst ist Dienst für den Krieg, nicht für den Frieden, wie von ihr immer wieder gläubenzu machen versucht wird.

Wo immer es in der Geschichte eine Armee gegeben hat und wo immer in einem Land aufgerüstet worden ist, dort hat es auch immer Krieg gegeben. Dies belegt eine von der norwegischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1970 veröffentlichte empirische Studie des "Phänomens".

Als in den Jahren 1956 und 1957 die Bundeswehr geschaffen wurde, da hatte wohl die Regierung desselben Konrad Adenauer, der 1949 als Präsident des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz verkündet hatte, bereits wieder die Weisung des Grundgesetzes bezüglich der Unverletzlichkeit der Grundrechte vergessen. Die Institution Bundeswehr brauchte Leute und diese zu günstigen Konditionen. wollte man in der Repu-

blik ein Berufsheer aufstellen, so müßte man den Wehrosold, soll die Personelle Versorgung des Heeres sichergestellt sein, kräftig erhöhen. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht war man dieses Problems ledig. Da war eben nur dieser Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes.

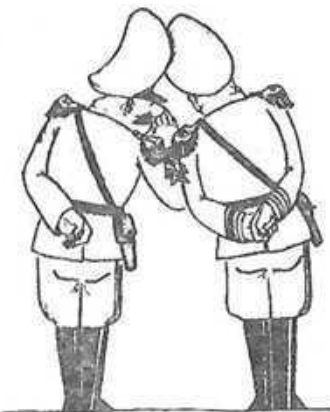
Zum Abschluß möcht ich nur noch kurz der Frage nachgehen, wem die Bundeswehr eigentlich nützt. Sie ist entstanden in den Jahren des kalten Krieges mit dem Auftrag, die "Freiheit" des Deutschen Volkes bei Angriffen von Außen zu verteidigen.

Sieht man sich die Geschichte an, so muß man feststellen, daß eine Armee immer nur der Unterdrückung (und Chile ist da jüngstes Beispiel), der Eroberung und Unterwerfung fremder Gebiete und der Zerstörung gedient hat. Nur einem dient sie bestimmt nicht: dem Frieden.

Sagt man doch immer: Militär hat noch keinem geschadet!

Martin Kunert

† am 13.4.78 verstarb
das KDV-Recht



Fürchterlich, letzte Nacht träumte ich, der Weltfriede sei ausgebrochen...

Zeichnung: Andy Locher

paar grundsätzliche Überlegungen zum Thema Kriegsdienst und Bundeswehr anzubringen. Das Grundgesetz stellt in Artikel 4 Absatz 3 fest: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen

Gesamtschule ~ was ist das ?

Sozialistische Einheitsschule oder Schule der Demokratie ?

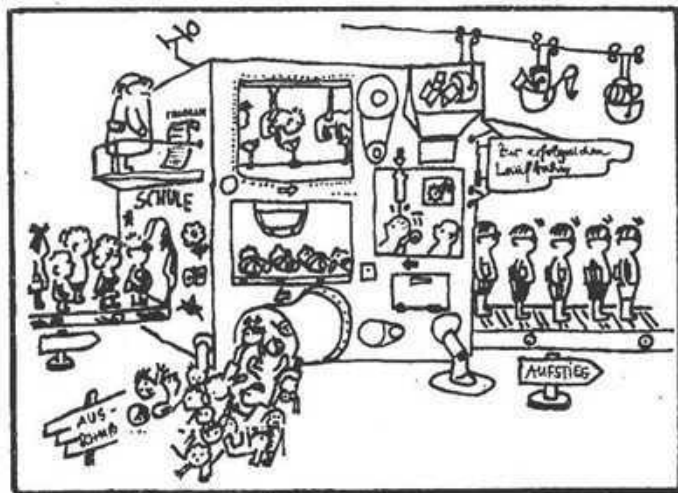
Oft hört man das Schlagwort Gesamtschule oder auch "Sozialistische Einheitsschule" genannt. Aber was bedeutet das überhaupt? Was ist der Unterschied zur normalen 3-Gliedrigkeit "Hauptschule, Realschule, Gymnasium"?

Nun, die Gesamtschule umfaßt alle drei Schularten in den Klassen 5 bis 10, manchmal wird auch noch eine gymnasiale Oberstufe (3Jahre) angehängt. Die gleiche Stundenzahl wird auf eine 5-Tage-Woche verteilt. Unterricht ist von 8 bis 16 Uhr. Samstags und an einem Nachmittag ist frei. Im Stundenplan stehen dann folgende Pflichtfächer: Deutsch, Gesellschaftskunde/Politik, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften, Kunst/Musik, Sport und Religion. An manchen Schulen werden auch noch neben den Naturwissenschaften Technik/Wirtschaft angeboten.

In der 7. Jahrgangsstufe kommen zu diesen Fächern noch 4 Wahlpflichtstunden, die aus den Bereichen 2. Fremdsprache, Technik/Wirtschaft und Naturwissenschaften zu wählen sind.

In der 9. Klasse wird die Anzahl der Wahlpflichtstunden auf 8 verdoppelt. Die Gesamtschule geht auf das unterschiedliche Leistungsvermögen der Schüler ein. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: die Binnendifferenzierung innerhalb einer Klasse und zum anderen die Einrichtung leistungsdifferenzierender Kurse ab der 7.Klasse.

Binnendifferenzierung heißt,



daß der Lehrer unterschiedliche Forderungen an seine Schüler stellt, dies geht besonders gut bei Gruppenarbeiten, wenn die 'Besseren' eine kompliziertere Aufgabe als die 'Weniger Guten' zu

lösen haben. So werden dann auch unterschiedliche Klassenarbeiten gestellt. Man erreicht dadurch ein besseres Grundwissen für die 'Besseren' und eine echte Unterstützung der 'Schwächeren'.

Die leistungsdifferenzierenden Kurse setzen dann in der 7. Klasse ein. In Englisch und 'Mathe' werden die Schüler in E(rweiterungs)-Kurse und G(rund)-Kurse eingeteilt. Deutsch kommt in der

8. Klasse dazu. So wird etwa die Hälfte der Unterrichtsstunden noch in den alten Klassenverbänden (Kerngruppen) verbracht. Bleibt noch die Frage der Abschlüsse auf der integrier-

ten Gesamtschule offen. Da gibt es 4 Arten (+Abitur). Am Ende der 9. Klasse Hauptschulabschluß (HA), Hauptschulabschluß mit Qualifikationsvermerk (HAQ), der zum Besuch der 10.Klasse berechtigt (es können aber auch Schüler ohne Qualifikationsvermerk nach Beschluß der Klassenkonferenz in die 10. Klasse), am Ende der 10. Klasse gibt es die Fachoberschulreife und Fachoberschulreife mit Qualifikationsvermerk (FOR bzw FORQ). Mit der FOR kann man zur Fachoberschule, Berufsfachschule oder zur höheren Berufsfachschule gehen. Mit der FORQ kann man zum Gymnasium gehen. Mit den verschiedenen Abschlüssen hängt auch noch eine andere Differenzierung zusammen.

In der 9. Klasse werden die Schüler meist noch in verschiedene 'Streams' eingeteilt - die einen, die voraussichtlich den HAQ-Abschluß machen



und die anderen, die den HA-Abschluß machen. Dabei kann aber noch zwischen den einzelnen Streams gewechselt werden. Auf der integrierten Gesamt-

schule haben wir auch eine andere Bewertung, man legt eine achteilige Skala zu Grunde. Am Ende der 5. Klasse gibt es gar keine Zeugnisse. Das 'Sitzenbleiben' ist auch fast unmöglich, da die Eltern frei darüber entscheiden können. Damit das 'Sitzenbleiben' nicht mehr nötig ist, gibt es Förderkurse. Es werden bis zu 5 Stunden pro Woche angeboten. Hierbei kann besonders auf den Einzelnen eingegangen werden.

Dies alles ist aber nur der organisatorische Rahmen, in den noch neue Lehrpläne, fachübergreifender Unterricht, neue Unterrichtsmethoden und so weiter hineingehören. (Es gibt viel zu tun - packen wir es an)

Martin Ottensmann



BRILLEN-ROTTLER

Fachgeschäft für Optik - Foto

HÖRGERÄTE- u. CONTACTLINSENINSTITUT

5760 ARNSBERG 1
Hüsten
Bahnhofstraße 29
Telefon (02932) 33436

5760 ARNSBERG 1
Neheim
Hauptstraße 3, Postfach 2240
Telefon (02932) 22627

Martin Ottensmann über die Argumente der Gesamtschulgegner

Dies sind die Argumente der Gegner der integrierten Gesamtschule:

- Die Kinder werden den Eltern entzogen, das führe zum Einheitsstaat wie in der DDR.
- Die Gesamtschule ist zu groß, dadurch verschwinden die Kinder in der Anonymität.
- Der Leistungszwang wird vergrößert.
- Die Ergebnisse der Versuchsgesamtschulen sind noch nicht einheitlich.

Wir meinen dazu:

- Am ersten Argument (man hört es leider zu oft) stört zunächst einmal die Formulierung. Solche Schlagwörter wie 'Einheitsstaat' und 'DDR' sollte man doch weglassen. Nicht nur in der DDR gibt es solche Schulen, sondern auch in vielen anderen, westlichen Ländern wie z.B. in den USA. Nur die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz hinken hinterher. Es wird den Müttern und Vätern zwar die Entscheidung entzogen, was ihr Kind zum Mittagessen bekommt, aber sonst

bleibt in dieser Beziehung alles beim alten. Das Kind bleibt bis 16 Uhr in der Schule, wo es sonst Schularbeiten macht. Daß es dann in der Schule sitzt, ist ja auch ein Schritt zur Chancengleichheit, da die meisten Eltern keine Zeit haben, sich um ihre Kinder und deren Hausaufgaben zu kümmern. Außerdem kommt ja ein neues Recht hinzu: die Eltern dürfen ja frei entscheiden, ob ihr Kind 'sitzenbleibt' oder nicht.

Die Entscheidung bei der Wahl des Schulzweiges war oft falsch - da wird oft nur nach der Stellung des Vaters und der Mutter die 'Leistungsfähigkeit des Kindes' eingestuft. Daß dies zu Leistungszwang führt, ist klar. So erreichen auf dem Gymnasium von 40 Schülern nur 2 - 10 das Abitur, ohne 'sitzengeblieben' zu sein. So wird auf den oberen Schulen schrecklich gesiebt. Viele Schüler müssen zurück auf eine andere Schule. Diese Auswahl entfällt nun in geringem Maße auf die Lehrer bei der Aufteilung in

leistungsdifferenzierte Kurse. Die Lehrer können am besten entscheiden, wie leistungsfähig ein Schüler ist. Außerdem sind diese Entscheidungen nicht endgültig.

- Mit der Anonymität ist das so eine Sache. Sie existiert ja auch schon auf dem Gymnasium. Auf der IGS gibt es kleine Kerngruppen, die immer zusammenbleiben, hier wird die Kameradschaft, das Selbstbewußtsein und das Verhältnis zum Lehrer gefördert, wie Umfragen belegen.

- Das Argument mit dem Leistungszwang ist einfach falsch, denn das 'Sitzenbleiben', vor dem die meisten Schüler heute Angst haben, wird abgeschafft.

- Der Bau der neuen, großen Schulgebäude kostet viel Geld, was uns die Sache aber wert sein sollte. Da die Schülerzahlen sinken, genügen in den meisten Fällen Erweiterungen. Außerdem verschlingen viele kleine Schulen eine Menge mehr an Unterhaltungskosten.

MUSIKLADEN - NEHEIM SUPER-ANGEBOTE: JEDE LP 9,90

BN-A-GADA.... B. BUTTERFLY
OXYGENE B. M. HARRE
DARK SIDE.... PINK FLOYD
WISH YOU WERE HERE " "
CRIME OF THE CENTURY - SUPERTRAMP
DEEP PURPLE IN ROCK
THE ALBUM , ABBA

AUS DER TV-WERBUNG
SUPER 20 DEUTSCH 17,90
SUPER 20 INTERN. 17,90

MUSIKLADEN, APOTHEKERSTR. 13, NEHEIM, TEL. 2787

- Nun zu den Versuchsergebnissen, die noch nicht einheitlich vorliegen. Aber einzelne Ergebnisse liegen schon vor, denn es gibt ja immerhin in NRW 30 Gesamtschulen, davon sind schon jetzt 6 mit Abiturjahrgang, dort sieht man :

- * Leistung der 'Besseren' ist gleichgeblieben,
- * die der 'Schwächeren' ist bessergeworden.
- * Schulangst gesenkt.
- * bessere Freizeitmöglichkeiten (größere Schule- mehr Anlagen)
- * Wechsel der Leistungsgruppen mehr nach oben als nach unten.
- * Lernfreudigkeit- und Interesse gefördert.
- * Verhältnis zum Lehrer besser.
- * Selbstbewußtsein gefördert.
- * Höhere Abschlüsse.
- * Bessere Chancengleichheit.
- * Leistungsvermögen in 'Mathe', Englisch und Deutsch gesteigert.
- * Kritikfähigkeit gesteigert.
- * Starker Andrang zur IGS (In Köln wollten 1400 Elternpaare ihre Kinder auf 4IGS bringen)

"Spinnen die Studenten ?"

... und Informationen für Studienanfänger

"Spinnen die Studenten" hieß das Thema einer Podiumsdiskussion, zu der die Jungdemokraten eingeladen hatten. Der Saal im Hotel Esser war gut besetzt, Schüler und Studenten bildeten den größten Teil der Diskussteilnehmer. Neben den aktuellen studentischen Problemen (Hochschulrahmengesetz, Landeshochschulgesetz, Akademikerarbeitslosigkeit etc.) wurde auch das Problem angesprochen, warum sich Schüler und darunter insbesondere die "Studenten von morgen" so wenig mit den Studentenproblemen auseinandersetzen, wo sie doch die Hauptleidtragenden der neuen Hochschulgesetze sein werden. Der Bundestagsabgeordnete Dieter-Julius Cronenberg, die Landtagsabgeordnete Silke Gerigk-Groht und der Bundesvorsitzende des Liberalen Hochschulverbandes, Karl-Heinz Krems, führten dabei die politische Enthaltensamkeit und den konservativen Trend an den Schulen im Wesentlichen auf den

Numerus Clausus und den aus ihm resultierenden Anpassungsdruck zurück.

Bedauerlich, daß nicht mehr angehende Abiturienten gekommen waren, um sich aus erster Hand Tips und Informationen zu holen. So verlief die hochinteressante und informative Diskussion im Grundsatzbereich - "Student und Gesellschaft" standen in der Diskussion oben an.

Wer aber an Tips und Informationen für Studienanfänger interessiert ist, schreibe an:

Martin Kunert

5760 Arnsberg 2.

Er oder sie erhält dann kostenlos die

